

**AMNESTY INTERNATIONAL
NETZWERK ARBEIT, WIRTSCHAFT
UND SOZIALE RECHTE**

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2012



ARABISCHER FRÜHLING

EIN JAHR DANACH

**FRAUENRECHTE, UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG UND
SOZIALE MENSCHENRECHTE**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Editorial

Das Jahr 2011 ging unter dem Schlagwort „Arabischer Frühling“ in die Geschichte ein. In den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens forderten die Menschen lautstark Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

Die Umbrüche erfassten die gesamte Region. Einige waren trotz massiver Repression erfolgreich und führten zu Veränderung. Andere wurden, jedenfalls vorläufig, zurückgeschlagen.

Unsere Solidarität wird benötigt.

Wir haben die Bilder der um ihre Rechte kämpfenden Menschen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien und weiteren Ländern der Region vor Augen. Ihnen ist dieses Aktionspaket gewidmet. Ein Jahr nach dem „Arabischen Frühling“ wollen wir anhand persönlicher Schicksale Bilanz ziehen und damit die Menschen in ihrem Kampf um Freiheit, Würde und Menschenrechte unterstützen.

Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte.

Wir haben uns kürzlich auf „Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte“ umbenannt, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass wir neben dem weiterhin gültigen Schwerpunkt der verfolgten GewerkschafterInnen auch zu Themen wie Unternehmensverantwortung und soziale Rechte (z.B. Recht auf Wohnen, Schulbildung,...) aktiv werden. Dieses Paket zum 1. Mai enthält auch Aktionen zu diesen Anliegen. Wir werden uns unermüdlich für Menschen einsetzen, deren Rechte bedroht sind.

Bitte tun Sie dies auch und schicken Sie die Briefe ab.

Das Team des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

P.S.: Wir sind ein kleines Team. Wir freuen uns daher über Menschen, die bei uns in der Gruppe mitarbeiten wollen.

Impressum:

Amnesty International Österreich
Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen
(Gruppe 121) / Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
Kontakt: Dr. Sabine Vogler (Sprecherin)
gewerkschafterInnen@amnesty.at, 0664
1719299, gewerkschafterInnen.amnesty.at
© Fotos: Al, außer Foto von Nasrin Sotoudeh: © Payvand.com und Bhopal: © Maude Dorr
Eigene Herstellung, April 2012

BAHRAIN – MENSCHENRECHTSFRÜHLING IM KÖNIGREICH?

Gewerkschaft zerschlagen, GewerkschafterInnen in Haft

Nach den Protesten gegen die Regierung im Februar und März 2011 löste die bahrainische Ministerin für Menschenrechte und soziale Entwicklung den Vorstand der unabhängigen LehrerInnen-Gewerkschaft BTA (Bahrain Teacher's Association) auf und ersetzte die



Vorstandsmitglieder durch von der Regierung ernannte Personen. Viele LehrerInnen und BTA-Mitglieder wurden wegen ihrer Beteiligung an friedlichen Protesten verhaftet, gefoltert und schikaniert.

Die LehrerInnen und GewerkschafterInnen kamen nach einigen Wochen frei – außer Mahdi 'Issa Mahdi Abu Dheeb, der Vorsitzende, und Jalila al-Salman, die stellvertretende Vorsitzende (siehe Foto). Die beiden wurden von einem Militärgericht zu zehn bzw. drei Jahren Haft wegen friedlicher Ausübung ihres Rechts auf Meinungsäußerung verurteilt. Jalila al-Salman ist derzeit auf Kautionsfrei, bei ihrem Kollegen wurde dem Antrag auf Kautionsfrei nicht statt gegeben.

Seither finden immer wieder Termine im Rahmen des Berufungsverfahrens statt; eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt.

ÄrztInnen wegen Versorgung von DemonstrantInnen verurteilt



MitarbeiterInnen des Salmaniya-Krankenhauses wurden angeklagt, weil sie Menschen medizinisch versorgt hatten, die während der Proteste gegen die Regierung im Frühjahr 2011 verletzt worden waren.

Zwanzig ÄrztInnen und Pflegepersonen wurden zu Haftstrafen von fünf bis 15 Jahren verurteilt. Ihre Vorwürfe über Folter in Haft wurden nicht untersucht. Sie sind derzeit auf Kautionsfrei; das Berufungsverfahren läuft noch.

Internationaler Druck ist wichtig – Aktuelles auf der Website

Sowohl im Falle der GewerkschafterInnen als auch der MitarbeiterInnen im Krankenhaus zeigten sich dank des internationalen Drucks kleinere Erfolge: Die Prozesse wurden von Militärgerichten zivilen Gerichten übertragen, einige Angeklagte sind auf Kautionsfrei, und dass bei den Berufungsverfahren noch kein Urteil gefällt wurde, mag wohl mit der internationalen Aufmerksamkeit zusammenhängen.

Darum ist es wichtig, weiterhin Druck zu machen.

Die dem Aktionspaket beiliegenden Appellbriefe können Sie im Laufe des Mai und Juni 2012 abschicken bzw. weiteren Menschen geben, damit diese sich auch beteiligen.

Bitte besuchen Sie auch regelmäßig unsere Website, um aktuelle Entwicklungen zu verfolgen. Dort gibt es auch die beiliegenden Briefe zum Runterladen. Melden Sie sich für unseren Newsletter im Webformular <http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/help.htm> an.

gewerkschafterInnen.amnesty.at

Frauen dürfen nicht ausgeschlossen werden

Frauen waren treibende Kraft beim Arabischen Frühling; nun sollen sie aber von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen werden.

Jemen. Nach anhaltenden Straßenprotesten sah sich Präsident Saleh am 23. November 2011 gezwungen, die Macht an eine Übergangsregierung abzugeben und Wahlen zuzustimmen.

Ein erster Schritt für das von den Frauen erhoffte Ende der Diskriminierung und der Verletzung der Frauenrechte bestünde darin, dass sich die Übergangsregierung zu konkreten Maßnahmen verpflichtet und mit den Frauenrechtsorganisationen in Dialog tritt.



Ägypten. Auch dort laufen Frauen Gefahr, von der gleichberechtigten Mitgestaltung der Zukunft des Landes ausgeschlossen zu werden.

Frauen sind in den politischen Gremien und Institutionen kaum vertreten. So bestand die vom Militär rat einberufene Kommission zur Teilreform der Verfassung ausschließlich aus Männern. Eine unter Mubarak eingeführte Quotenregelung, die Frauen zwölf Prozent der Sitze im Parlament garantierte, wurde im Juli 2011 abgeschafft. Im neu gewählten ägyptischen Parlament sind lediglich zwölf Frauen (ca. 2 %) vertreten.

Frauen in Tunesien: Anwältin Radhia Nasraoui im Gespräch

„In der Praxis ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht gewährleistet: Der Mann bestimmt, er ist das Familienoberhaupt. Für die Kinder einer Familie ist prinzipiell immer der Mann ihr Vormund. Erben darf eine Frau nur die Hälfte von dem, was ein Mann bekäme. [...] In der Realität haben die Frauen immer noch die unbedeutendsten Posten inne. [...] Ungerechtigkeiten des Erbrechts sind im Alltag der meisten Menschen, die in Armut leben und ohnehin nichts zu vererben haben, müßig. In der Praxis sind andere Anliegen vorrangig, etwa das Problem der Arbeitslosigkeit, die fehlende Gleichberechtigung innerhalb der Familie und mangelnde Kinderbetreuung (Kinderkrippen sind teuer). Frauen [...] werden ausgebeutet, erhalten die niedrigsten Löhne, und sie sind mit der Doppelbelastung konfrontiert [...].“



Radhia Nasraoui, prominente Menschenrechtsanwältin in Tunis, prangert seit Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen in Tunesien an. Das Gespräch wurde im September 2011 geführt. Die Langfassung des Interviews ist nachzulesen unter: gewerkschafterInnen.amnesty.at

Iran: Fortdauernde Repression

Unzählige Menschen werden wegen ihres Einsatzes für Freiheit, Würde und Gerechtigkeit verfolgt.



Nasrin Sotoudeh. Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt und mit einem Berufsverbot von zehn Jahren belegt, nur weil sie ihre Arbeit als Anwältin leistete. Vor ihrer Verhaftung im September 2010 war sie gewarnt worden, die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi vor Gericht zu vertreten.

Unabhängige Gewerkschafter. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Zuckerrohrfabrik Haft Tapeh Sugar Cane Company, der zweiten freien Gewerkschaft des Landes, werden eingeschüchert und bedroht. Ihre Führungsmitglieder werden verhaftet. Derzeit verbüßt Ali Nejadi (Foto) wieder eine Gefängnisstrafe; gemeinsam mit vier Gewerkschaftskollegen ist er weiters für fünf Jahre von der Arbeit in der Zuckerrohrfabrik gesperrt. Hintergrund: Die Gewerkschafter hatten gegenüber ausländischen Medien über ihren Arbeitskampf berichtet.



Helfen Sie mit. Unterschreiben Sie die beiliegenden Appellbriefe.

Erfolg. Die internationale Solidarität hilft, wie das Schicksal des Gewerkschafters Mansour Ossanlu zeigt. Seit Jahren setzten wir uns für den mutigen Gewerkschafter ein. Mansour Ossanlu hatte mit der Gewerkschaft der Teheraner Busfahrer die erste unabhängige Gewerkschaft des Irans gegründet; der Staat reagierte mit Gefängnis. Mansour Ossanlu kam im Mai 2011 vorzeitig frei.

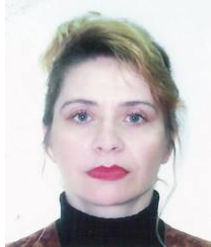
NETZWERK ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALE RECHTE

Neben dem Einsatz für GewerkschafterInnen und ArbeitsrechtsaktivistInnen sind die Verantwortung von Unternehmen und soziale Menschenrechte weitere Schwerpunkte unserer Gruppe.

EUROPA: SÄUREATTACKE GEGEN GEWERKSCHAFTERIN

KONSTANTINA KOUNEVA

Im Dezember 2008 fiel Konstantina Kouneva in Athen einem Überfall zum Opfer, bei dem sie mit Säure überschüttet wurde. Sie lag lange im Koma, erlitt lebensgefährliche Verletzungen und konnte das Spital erst nach einem Jahr verlassen.



Migrantin setzte sich für Arbeitsrechte ein

Konstantina Kouneva ist Geschichtelehrerin aus Bulgarien; in Griechenland arbeitete sie als Reinigungskraft. Mit der Attica-Gewerkschaft der Reinigungskräfte kämpfte sie für bessere Arbeitsbedingungen in Reinigungsfirmen.

Im Juli 2010 drohte, nicht zum 1. Mal, die Einstellung der polizeilichen Untersuchungen zur Ausforschung der TäterInnen und AuftraggeberInnen. Dank des internationalen Drucks ordnete die Staatsanwaltschaft im Dezember 2010 eine Fortsetzung und eine weitere Ermittlung über die Situation bei den Reinigungsfirmen an. Ein Teilerfolg.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Ermittlungen tatsächlich weitergeführt werden.

INDIEN: GIFTGASKATASTROPHE

27 JAHRE NACH BHOPAL

Am 2. Dezember 1984 entwichen Tonnen tödlicher Chemikalien einer Pestizidfabrik. Dies hatte verheerende Auswirkungen: rund 25.000 Tote und Tausende Menschen mit dauerhaften gesundheitlichen Schäden, die sie daran hindern, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.



Sponsor der olympischen Spiele in London

Das verantwortliche Unternehmen Union Carbide, seit 2001 Tochter der amerikanischen Dow Chemical Company, weigert sich seit 27 Jahren, adäquate Entschädigung zu zahlen.

Dow Chemical sponsert die Außenhülle des neuen Olympiastadiums in London.

Fordern Sie Dow Chemical auf, Verantwortung zu übernehmen.

NIGERIA: CLEAN UP THE NIGER DELTA!

DIE VERGESSENE ÖLPEST



Das Nigerdelta, einstiges Naturreservat, ist heute eine Umwelt ruine – in Folge der Erdölförderung durch multinationale Unternehmen seit über 50 Jahren ohne Rücksicht auf die Bevölkerung vor Ort und die Umwelt. Die Existenzgrundlage von ca. 30 Millionen Menschen wurde zerstört; ihre Gesundheit angegriffen.

Shell muss eine Milliarde Dollar zahlen

Shell muss eine Milliarde Dollar zahlen

Amnesty International verlangt eine umfassende Reinigung des verschmutzten Gebietes und eine strengere Regulierung der Ölindustrie. Einer der Hauptakteure im Nigerdelta ist der Ölkonzern Shell. Amnesty International fordert Shell auf, eine erste Zahlung von einer Milliarde US-Dollar zu leisten, damit die Säuberung der durch Öllecks verschmutzten Umwelt im Nigerdelta beginnen kann.

Informationen & Aktionen: nigerdelta.amnesty.at

Fordern Sie die Reinigung des Nigerdeltas!

SIMBABWE: BILDUNGSNOTSTAND

KEINE SCHULE NACH ZWANGSRÄUMUNGEN



Nach den Massenzwangsräumungen von 2005 kann knapp eine Viertel Million Kinder und Jugendliche keine Schule mehr besuchen. Damals wurden Siedlungen von

700.000 Menschen zerstört: Wohnungen, Geschäfte und Schulen.

Keine öffentlichen Schulen für vertriebene Kinder

In den informellen Siedlungen, in denen die vertriebenen Menschen seit Jahren wohnen, gibt es keine staatlichen Schulen, lediglich auf Eigeninitiative der BewohnerInnen eingerichtete, allerdings schlecht ausgestattete Behelfsschulen. Kinder aus informellen Siedlungen müssen weite Wege zu staatlichen Schulen zurücklegen, sofern sich die Eltern die Schulgebühren überhaupt leisten können.

Fordern Sie Simbabwe auf, sicherzustellen, dass alle Kinder adäquate Grundschulausbildung erhalten.